

Manifest Heidelberger Bündnis

„Kein Schritt nach rechts“

Das Heidelberger Bündnis „Kein Schritt nach rechts“ ist als Reaktion auf das Erstarren und die Normalisierung von faschistischem Gedankengut in Deutschland entstanden.

Das Bündnis besteht aus einem Zusammenschluss von Institutionen, Gruppierungen und Einzelpersonen.

Selbstverständnis

1. Wir verstehen uns als zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss gegen jegliche Form von Faschismus, Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Feindlichkeit gegen Sinti:zze und Rom:nja, Ableismus/Diskriminierung von Menschen mit Behinderung, Queerfeindlichkeit, Sexismus, Klassismus, Feindlichkeit gegen von Armut betroffene Menschen und gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von Alter.

2. Wir lassen uns nicht von spezifischen Einzelinteressen, parteipolitischen, wirtschaftlichen oder menschenverachtenden Interessen vereinnahmen.

Überzeugungen und Ziele

3. Der Zweck unseres Bündnisses ist das gemeinsame Eintreten für Menschenrechte, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wir respektieren und verteidigen die Vielfalt in unserer Gesellschaft und die Rechte des Individuums. Wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen selbstbestimmt und inklusiv leben können.

4. Wir stellen uns als Bündnis gegen die Feind:innen dieser Grundüberzeugungen.

5. Wir setzen uns für eine Welt ohne Gewalt ein und lehnen jegliche Gewalt im Namen des Bündnisses ab.

6. Wir stellen uns gemeinsam besonders schützend vor diejenigen von uns, die durch faschistisches Gedankengut bedroht werden. Eine Politik und Sprache, die marginalisierte Menschen für die Probleme der Gesellschaft verantwortlich machen, lehnen wir ab.

7. Wir unterstützen und fordern alle Menschen und Organisationen in der Rhein-Neckar-Region sowie überall auf, Verantwortung zu übernehmen und für den Schutz unserer Demokratie aktiv zu werden.

8. Zivilgesellschaftliche Verantwortung bedeutet unter anderem:

- Wir erkennen, benennen und verändern rassistische oder menschenverachtende Strukturen.
- Wir machen vom Recht zu wählen Gebrauch, welches nicht alle haben.
- Wir widersprechen, wenn die Demokratie, Toleranz oder Mitmenschen bedroht werden.

- Wir gehen auf diejenigen Menschen zu, die keine Faschist:innen sind, aber Rechtspopulismus gegenüber empfänglich sind. Wir zeigen durch Ansprache, Aufklärung und Dialogbereitschaft Wege zum Bekenntnis für ein demokratisches und friedvolles Miteinander auf.

Arbeitsweise

9. Wir respektieren unsere Unterschiedlichkeit, auch die vielfältigen demokratischen Meinungen innerhalb unseres Bündnisses: Nur, wer den demokratischen Streit lebt und Vielfalt nach innen respektiert, kann diese auch nach außen vertreten und fordern.

10. Wir bringen uns auf gerechte Weise mit den uns jeweils verfügbaren Mitteln ein.

11. In der Arbeit in unserem Bündnis begegnen wir uns konstruktiv, wertschätzend und respektvoll. Gemeinsame Projekte sollen der Aufklärung und Bildung, dem Abbau von Diskriminierungsstrukturen, der Solidarisierung mit Betroffenen und der Stärkung von demokratischen Prozessen dienen.

12. Wir behalten uns vor, Menschen oder Gruppierungen, die diesen Grundüberzeugungen zuwider reden oder handeln, aus unserem Bündnis auszuschließen.

Wir sind mehr!
Wir übernehmen Verantwortung. Gemeinsam.
Wir stehen gegen Faschismus. Alle zusammen.
Denn nie wieder ist jetzt!

Heidelberg, am 18. Februar 2024

Glossar der Diskriminierungsformen

- Diskriminierung: Jede Form der ungerechtfertigten Benachteiligung oder Ungleichbehandlung von einzelnen Personen oder Gruppen aufgrund verschiedener wahrnehmbarer oder vermeintlicher Merkmale. Dies reicht von persönlichen Beleidigungen über systemische Diskriminierungen bis hin zu physischer Gewalt.
- Rassismus: Überbegriff für die gruppenbezogene Diskriminierung aufgrund von äußerlichen, vermeintlich ethnischen Merkmalen. Rassismus zeigt sich auf vielfältige Art und Weise und kann in allen Teilen der Gesellschaft aufgefunden werden. Beispiele hierfür sind etwa antimuslimischer Rassismus oder antiasiatischer Rassismus, etc.
- Antisemitismus: (Judenfeindlichkeit) Gruppenbezogene Feindseligkeit gegenüber Juden als Juden, sowie alle und alles, was mit ihnen assoziiert wird. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und/oder Tat gegen jüdische, und/oder nicht-jüdische Personen, die mit Juden bzw. deren Eigentum und von Juden geschaffenen kulturellen Erzeugnissen assoziiert werden. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als illegitimes oder gar kriminelles jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein und als Rechtfertigung für Antisemitismus angeführt werden. Es kann sowohl von Personen als auch von Institutionen ausgehen.
- Feindlichkeit gegen Sinti:zze und Rom:nja: Gruppenbezogene Diskriminierung von Angehörigen der anerkannten nationalen Minderheit der Sinti und Roma. Ist auch bekannt als Antiziganismus und kann als eine Form des Rassismus verstanden werden.
- Ableismus: Lehnwort aus dem Englischen (*to be able* = fähig sein). Gruppenbezogene Diskriminierung aufgrund von Behinderung, Neurodivergenz und/oder chronischer Krankheit. Dazu gehört auch das Übergehen von notwendiger Unterstützung oder Hilfestellungen zur Teilhabe an der Gesellschaft.
- Queerfeindlichkeit: Gruppenbezogene Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität und/oder der sexuellen Orientierung. Davon betroffene Gruppen sind beispielsweise Transpersonen, Schwule und Lesben, Asexuelle oder Personen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen, sowie viele weitere.
- Sexismus: Gruppenbezogene Diskriminierung aufgrund der Geschlechtszuschreibung. Teilweise gibt es Überschneidungen mit Queerfeindlichkeit. Im alltäglichen Gebrauch wird damit insbesondere die Diskriminierung von Frauen bezeichnet.
- Klassismus: Gruppenbezogene Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und/oder der sozialen und ökonomischen Position.
- Menschen, die von faschistischem Gedankengut bedroht werden: Unter anderem migrantische Personen, Geflüchtete, Queere, psychisch Kranke, Menschen mit Behinderung, Menschen, die sich zivilgesellschaftlich oder (kommunal)politisch für die Demokratie einsetzen, sowie viele weitere.